

Universität Bern
Seminararbeit „Parteien im Wandel“
Institut für Politikwissenschaften
Prof. Dr. A. Ladner
Sommersemester 2004



Die Schweizer Sozialdemokraten und die Ideen des Dritten Weges

Übernahme oder Abkehr?

Eingereicht am 7. Oktober 2004 von:

Simon Grossenbacher
01-117-068
ob. Strassackerweg 16
3067 Boll

Markus Gubler
00-105-221
Bündackerstrasse 21
3047 Bremgarten

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Theorien.....	5
2.1 Anthony Giddens: Der Dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie	5
2.2 Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten - ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair.....	10
2.3 Gurten-Manifest für eine neue und fortschrittliche SP-Politik	12
3. Fragestellung und Hypothesen	16
4. Methodisches Vorgehen	18
5. Empirischer Teil	21
Hypothese 1: Die SPS-Lokalsektionen überwinden das Links-Rechts-Schema und radikalisieren sich in der neuen demokratischen Mitte.	21
Hypothese 2: Die SP-Lokalparteien durchliefen zwischen 1990 und 2002 eine Änderung ihrer Wirtschaftspolitik. Gemäss den Vorstellungen des Dritten Weges positionieren sich die Sozialdemokraten im Jahre 2002 liberaler als 1990.....	24
Hypothese 3: Die SPS-Lokalsektionen befürworten das Schema der Gleichheit als Inklusion und die damit verbundene Betonung der Chancengleichheit für alle Individuen.	32
6. Schlussfolgerung: Der Dritte Weg in der Schweizer Sozialdemokratie	36
7. Quellenverzeichnis.....	39

1. Einleitung

Der vorliegende Beitrag befasst sich mit der Entwicklung der ideologischen Positionierung und politischen Orientierung der Lokalsektionen der Sozialdemokratischen Partei Schweiz (SPS) zwischen den Jahren 1990 und 2002. In diese Zeitspanne fallen grundlegende Reformdiskussionen innerhalb der internationalen Sozialdemokratie. Der Begriff des Dritten Weges bezeichnet hierbei die sozialdemokratische Neuorientierung zwischen dem gescheiterten Real Existierenden Sozialismus und dem „siegreichen“ ökonomischen System des Kapitalismus.

„Die jüngste politische Renaissance des third way geht auf die new democrats in den Vereinigten Staaten zurück, die mit einem neuen politischen Konzept auf die Niederlagen in den Präsidentschaftswahlkämpfen der achtziger Jahre reagierten“ (Faux 1999: 935). In Europa lösten die Beiträge des englischen Soziologen Anthony Giddens in den Jahren 1994 (mit „Jenseits von Links und Rechts“) und 1999 (mit „Der Dritte Weg“) eine Debatte über die Neuorientierung der sozialen Demokratie aus. Die Ideen fanden auch in der Realpolitik Gehör. Die beiden sozialdemokratischen Regierungsparteien Grossbritanniens und Deutschlands, die Labour Party und die SPD, fanden im Juni 1999 zu einer Kooperation und einem programmatischen Austausch. Als Ausdruck dieser engen Zusammenarbeit resultierte das so genannte Schröder-Blair-Papier, in welchem der Begriff des Dritten Weges erläutert und zu einem programmatischen Konzept für die moderne Sozialdemokratie gebündelt wird. Die internationale Diskussion um eine Neuausrichtung der Sozialdemokratie beeinflusste auch die nationalen politischen Träger sozialdemokratischer Ideen. Infolgedessen wird im Mai 2001 das so genannte Gurten-Manifest veröffentlicht, welches die Politik der schweizerischen Sozialdemokratie den veränderten Rahmenbedingungen anpassen will.

Diese Arbeit versucht die Frage zu klären, ob sich die politische Haltung der Schweizer SP-Lokalsektionen vor dem Hintergrund der internationalen und nationalen Reformdiskussionen im Sinne der politischen Theorie des Dritten Weges veränderten. Kam es also innerhalb der sozialdemokratischen Lokalparteien in der Schweiz zu einer Übernahme oder einer Abkehr von den Vorschlägen des Dritten Weges?

Einschränkend muss erwähnt werden, dass es sich beim Dritten Weg eher um eine politische Programmatik denn eine klassische Theorie handelt. Die Forderungen und Zielvorstellungen sind allgemeiner, teilweise abstrakter und normativer Natur. Infolgedessen ist eine vollständige Übernahme dieser politischen Ideen in die kommunalen Parteistrukturen unrealistisch. Findet beispielsweise eine Annäherung der Positionen an das Konzept des Dritten Weges statt, so darf nicht angenommen werden, dass diese ausschliesslich aufgrund der Diskussionen geschehen ist. Andere nicht berücksichtigte Faktoren könnten statistisch einen signifikanteren Einfluss ausüben. Erschwerend kommt hinzu, dass das Erhebungsdesign eher auf Vergleiche zwischen den schweizerischen verschiedenen Volksparteien als auf innerparteiliche Veränderungen angelegt ist. Dennoch scheint die Frage nach Reformbemühungen der Schweizer Sozialdemokratie in Zeiten des rasanten ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels angebracht.

Die Arbeit ist folgendermassen aufgebaut: In einem ersten „theoretischen“ Teil wird die politische Theorie des Dritten Weges eingehend erläutert. Im zweiten Teil erfolgen die Ausformulierung der Fragestellung und die Bildung der Hypothesen. Der dritte Teil befasst sich mit dem methodischen Vorgehen, ehe im empirischen Teil die Hypothesen getestet und ausgewertet werden. Der letzte Teil interpretiert Ergebnisse, fasst diese zusammen und sucht kurz nach eventuellen Erklärungsansätzen.

2. Theorien

Die neuen politischen Ideen in der Diskussion um die Entwicklung der zukünftigen Sozialdemokratie bedienen sich des Begriffes des dritten Weges. Dieser lässt sich keineswegs nur auf die sozialdemokratischen Vorstellungen eines neuen Politikverständnisses reduzieren. Vielmehr ist er ein Ausdruck, welcher in der politischen Geschichte immer wieder auftaucht und der von Autoren und Politikern unterschiedlichster politischer Überzeugung verwendet wird. Ein dritter Weg bezeichnet immer entweder einen Mittelweg zwischen zwei Ausprägungen oder die Überwindung von zwei politischen Extrempositionen. In dieser Arbeit wird der Begriff aber nur im Zusammenhang mit der Sozialdemokratie verstanden.

Im folgenden Abschnitt werden die neuen Denkströmungen innerhalb der Sozialdemokratie genauer erläutert.

2.1 Anthony Giddens: Der Dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie

Die Grundlage für Giddens Analyse des Dritten Weges bildet die politische Entwicklung der beiden Nationalstaaten Grossbritannien und Deutschland. Diese bestand aus zwei Phasen, in welchen die Vorstellungen der Sozialdemokratie und die des Konservatismus realpolitisch umgesetzt wurden. In der ersten Phase vollziehen sich der Aufbau und die stetige Expansion des Wohlfahrtsstaates. Es herrscht eine weitgehende parteiübergreifende Einigkeit über die Notwendigkeit eines Sozialstaates, der grundlegende Transferleistungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu leisten hat. Des Weiteren ist „eine nachdrückliche Einmischung der Regierung in die Wirtschaft und in andere gesellschaftliche Bereiche wünschenswert. (...) Teilweise treten kollektive Entscheidungsprozesse zwischen Regierung, Unternehmen und Gewerkschaften an die Stelle von Marktmechanismen“ (Giddens 1999: 19). Die gemischte Wirtschaft und die Marktwirtschaft werden durch das nachfrageorientierte System des Keynesianismus geregelt. Laut Giddens dienen die Strukturen des Wohlfahrtsstaates zur Erreichung zweier grundlegender Ziele. Erstens sollen „durch verschiedene Strategien der Umverteilung eine Gesellschaft von grösserer Gleichheit geschaffen werden“ und zweitens müssen spezifische Institutionen vorhanden sein, welche „die Individuen während den verschiedenen Lebensabschnitten versichern und schützen“ (Giddens

1999: 20). Die Realisierung des Wohlfahrtsstaates und der sozialdemokratischen Ideen geschah vor dem Hintergrund einer günstigen ökonomischen und soziodemographischen Entwicklung in Europa.

In den 1980er Jahren kamen die politischen Strukturen der Sozialdemokratie unter Druck. Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, neue gesellschaftliche Lebensformen und Verhaltensweisen konnten nur noch unzureichend erfasst werden.

Mit der konservativen Revolution in den Jahren 1979 – 1982 und den politischen Machtwechseln in Grossbritannien (Margaret Thatcher) und Deutschland (Helmut Kohl) kamen konservative Kräfte ans politische Ruder, welche die Werte des Neoliberalismus verkörpern. Ein wesentliches Charakteristikum dieser Denkströmung bildet die Ablehnung eines mächtigen Staatsapparates. „Die individuelle Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit der wirtschaftlichen Subjekte stellen einen entscheidenden Wert dar, während auf der anderen Seite die Bedeutung der Gesellschaft und ihre Verantwortung für den Einzelnen auf eine Restgrösse reduziert werden“ (Sandner 2002: 5). Infolgedessen werden staatliche Eingriffe kritisch beäugt, da diese aus der Sicht der Neoliberalen längerfristig betrachtet kontraproduktive Wirkungen erzielen. Die staatliche Regulierung soll zur Verschuldung der öffentlichen Haushalte beitragen und daneben eine Mentalität der mangelnden Eigenverantwortung fördern. Demgegenüber postuliert der Neoliberalismus die Überlegenheit der Selbststeuerung durch den Markt in allen gesellschaftlichen und ökonomischen Bereichen. Demzufolge wird der Wohlfahrtsstaat als Quelle allen Übels verstanden. Es wird nicht eine allgemeine grössere Gleichheit der Gesellschaft angestrebt, der Neoliberalismus akzeptiert im Gegenteil die gesellschaftliche Ungleichheit als eine unabwendbare Realität. „Wohlfahrt sollte nicht als staatliche Unterstützung verstanden werden, sondern als Maximierung des wirtschaftlichen Fortschritts und damit des allgemeinen Wohlstands, indem man die Märkte ihre Wunder vollbringen lässt“ (Giddens 1999: 25).

Diese Entwicklungen der politischen Geschichte bilden bei Giddens die Rahmenbedingungen, aus welchen sich die neue Form der Sozialdemokratie herauskristalisieren lässt. Das Ziel des Dritten Weges soll eine Überwindung der Errungenschaften sowohl der Sozialdemokratie alten Stils wie auch des Neoliberalismus darstellen. „Die Frage lautet also, welche Elemente aus diesen

beiden politischen Ideologien übernommen und gegebenenfalls weiterentwickelt werden und wie sich das Verhältnis dieser beiden zueinander gestaltet“ (Sandner 2002: 13).

Als theoretischer Bezugsrahmen praktischer Politik sozialdemokratischer Parteien bezeichnet der Dritte Weg eine Schnittstelle zwischen legitimierender politischer Programmatik und politischer Theorie. Im Folgenden werden die einzelnen Bestandteile der politischen Theorie des dritten Weges analysiert.

Globalisierung: Sie wird in den Texten des dritten Weges als umfassendes unumstössliches Phänomen betrachtet, welches die Politik und Gesellschaft zur Veränderung ihres Verhaltens zwingt. Der englische Soziologe spricht in diesem Zusammenhang von einer „Transformation von Raum und Zeit in unserer Lebenswelt“ (Giddens 1999: 43). Diese kommt am deutlichsten in der Welt der Wirtschaft, der Kommunikations- und Informationstechnologie zum Ausdruck. Die Bewegung der Globalisierung beeinflusst die Stellung und die Macht von Staaten auf der ganzen Welt. „Globalisierung tangiert den Nationalstaat ‚von oben‘ in dem Sinne, dass bestimmte Handlungsspielräume, über die die Nationen verfügten, eingeschränkt worden sind (...) Globalisierung erzeugt aber auch einen Sog ‚nach unten‘ - sie mündet in den Forderungen und auch den Möglichkeiten zur Wiederbelebung lokaler Identitäten“ (Giddens 1999: 44).

Gemeinschaft und Individuum: „Die intellektuelle Herausforderung für eine politische Theorie jenseits von der Sozialdemokratie alten Stils und des Neoliberalismus besteht darin, eine in sich klar strukturierte Programmatik zu entwerfen, die bei gleichzeitiger Befürwortung des kapitalistischen Systems den radikalen Marktindividualismus zurückweist und gemeinschaftsbildende Faktoren betont“ (Sandner 2000: 100). Die Grundlage auf welcher ein neues Verhältnis zwischen der Gemeinschaft und dem Individuum aufgebaut werden soll, bildet die politische Philosophie des Kommunitarismus. Die Gemeinschaftlichkeit definiert sich hier nicht durch Klassensolidarität oder staatliche Umverteilungsmassnahmen, sondern durch das Bekenntnis zu einer durch gemeinsame Interessen verbundenen Gesellschaft. Konkret sollen lokale Solidaritätsformen, gemeinschaftsorientierte Sozialprojekte und private Initiativen den mit Forderungen überfluteten Sozialstaat entlasten. „Das Verhältnis von Individuum und Gemeinschaft definiert sich in der Zivilgesellschaft durch die Reziprozität von Rechten und Pflichten (...)“ (Sandner

2000: 101). Dieses zentrale Motto, *keine Rechte ohne Verpflichtungen*, sollte als ethisches Prinzip in allen Bereichen der Gesellschaft verankert werden. In der Arbeitslosenunterstützung beispielsweise wäre die staatliche Unterstützung für Erwerbslose an eine aktive Arbeitssuche gekoppelt. Aufgabe des Staates ist es, darauf zu achten, dass die Sozialsysteme keine negativen Arbeitsanreize ermöglichen.

Links und Rechts: „ Seit ihrer Herausbildung im späten 18. Jahrhundert ist die Unterscheidung zwischen Links und Rechts stets mehrdeutig und nur schwer auf die politischen Realitäten beziehbar gewesen, und doch hält sie sich hartnäckig“ (Giddens 1999: 50). Giddens folgt der Argumentationslinie Norberto Bobbios um den fortdauernden Bestand des Schemas zu erklären. „Die Kategorien von Links und Rechts haben ihm zufolge deshalb immer noch einen so grossen Einfluss auf das politische Denken, weil die Politik notwendigerweise als Widerstreit angelegt ist. Politik ist gleichbedeutend mit dem Streit zwischen entgegengesetzten Ansichten und Programmen“ (Giddens 1999: 52). Infolgedessen bleibt die Links-Rechts-Unterscheidung weiterhin bestehen. Entscheidend für die zukünftige Form der Sozialdemokratie ist aber, ob sie für alle politischen Bereiche noch so umfassend gültig ist wie früher. Dies ist vor dem Hintergrund des Scheiterns des Sozialismus als einer Theorie der Wirtschaftssteuerung zu verneinen. Dadurch ist eine der wichtigsten Scheidelinien zwischen Links und Rechts verschwunden. „Heute hat niemand mehr eine Alternative zum Kapitalismus zu bieten – zur Debatte steht nur noch, in welchem Masse und auf welche Weise der Kapitalismus begrenzt und gezähmt werden sollte“ (Giddens 1999: 57). Infolgedessen bleiben als entscheidende Trennlinien zwischen Links und Rechts, das Eintreten für soziale Gerechtigkeit, die Solidarität mit den Machtlosen und vor allem die Betonung der Gleichheit bestehen. Als Lösung dieser Problematik wird eine Politik links der Mitte vorgeschlagen, weil eine erneuerte Sozialdemokratie nach wie vor auf sozialer Gerechtigkeit und emanzipatorischer Politik basieren soll. Die Mitte soll mit einbezogen werden, um die neuen vielfältigen Lebensformen miteinander zu verbinden. Im Klartext geht es um die Schaffung eines gesellschaftspolitischen Programms, „welches auf einem nationalen Wertekonsens beruht und nicht den Alleinvertretungsanspruch einer bestimmten Klasse für sich reklamiert“ (Sandner 2002: 17).

Der Staat als Sozialinvestor: Während die Sozialdemokratie alten Stils den Staat als ökonomische Sicherung im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter betrachtete, setzten die Neoliberalen Wettbewerbsfähigkeit und Erzeugung von Wohlstand an erste Stelle. „Auch die Politik des Dritten Weges betont die Bedeutung dieser Elemente, die unter den Bedingungen des globalen Marktes von grösster Wichtigkeit sind“ (Giddens 1999: 117). Jedoch werden sich nicht beide Ziele verwirklichen lassen, wenn jedes Individuum alleine gegen die Marktkräfte behaupten muss. „Der Staat spielt eine entscheidende Rolle als Investor ins Humankapital und in die Infrastruktur, die für eine Unternehmenskultur unumgänglich sind“ (Giddens 1999: 117). Die politische Theorie des Dritten Weges schlägt ein Modell einer neuen gemischten Wirtschaft vor, in welchem die Märkte nicht weitgehend dem Staat untergeordnet sind. Angestrebt wird ein Synergieeffekt zwischen öffentlichem und privatem Sektor, welcher die Dynamik des Marktes für das öffentliche Interesse nutzt. Die Grundlage der neuen gemischten Wirtschaft bildet der Gleichgewichtsgedanke. Es soll ein ausgewogenes Mass zwischen Regulierung und Deregulierung im ökonomischen Bereich aber auch zwischen den gesellschaftlichen und den wirtschaftlichen Sektoren angepeilt werden. Die politische Theorie des Dritten Weges fordert in diesem Zusammenhang eine Neudefinition des Verhältnisses von Risiko und Sicherheit. Der Wohlfahrtsstaat und mit ihm „die Kultur der Selbstverständlichkeiten“ (Giddens 1999: 118) müssen sich verändern um die Herausforderungen der dynamischen Wirtschaft von heute zu meistern.

Gleichheit als Inklusion: In der sozialistischen Tradition war die gesellschaftliche Egalität von zentraler Bedeutung, welche mittels eines Systems der materiellen Verteilungsgerechtigkeit realisiert werden sollte. Die politische Theorie des Dritten Weges definiert den Gleichheitsbegriff neu und legt den Akzent auf die Chancengleichheit. Es gehe gesellschaftlich um eine Gleichheit beim Start, nicht im Ergebnis. Ein rein meritokratisches System wird abgelehnt, weil es neben den unterschiedlichen individuellen Fähigkeiten, sozial destabilisierende Wirkungen entfaltet. „Favorisiert wird deshalb ein Modell der sozialen Inklusion, das alle Mitglieder einer Gesellschaft gleichermassen integrieren soll“ (Sandner 2000: 101). Das Gleichheitspostulat bezeichnet in diesem Kontext eine Strategie, mit welcher die Ungleichheit stufenweise abgebaut werden soll: Die Stärkung der Gleichheit zwischen den Geschlechtern, der stärkere politische und finanzielle Einbezug der

ArbeitnehmerInnen im Unternehmen, die Betonung einer kosmopolitischen Nation, in welcher keine Unterschiede zwischen Staatsbürgern und Ausländern gemacht werden und die Verbesserung von Bildung und Ausbildung im Sinne eines staatlichen Sozialinvestors.

Es ist zu erwähnen, dass die politische Theorie des Dritten Weges nicht eine Theorie im klassischen Sinne darstellt. Sie enthält sowohl theoretische als auch programmatische und daher normative Elemente. Im aktuellen politischen Diskurs gilt der Begriff ‚Dritter Weg‘ als Synonym für die Programmatik und Politik der sozialdemokratischen Reformregierungen in Grossbritannien und Deutschland. Er wird auch als Antwort auf die nachhaltig prägende Phase konservativer und neoliberaler Hegemonie verstanden. „In diesem Sinne besitzt die Politik des Dritten Weges einen deutlich reaktiven Charakter“ (Sandner 2000: 93). Infolgedessen haben die politischen Rahmenbedingungen, insbesondere das Demokratieverständnis, unter welchen die Neudefinierung der Sozialdemokratie verfasst wurde, deutliche Spuren in der Theorieentwicklung hinterlassen.

2.2 Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten - ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair

Sowohl in Deutschland wie auch in Grossbritannien kamen 1998, beziehungsweise 1997 die Sozialdemokraten wieder an die Macht und begründeten das Ende des neoliberalen Konservativismus in Europa (Thatcher, Kohl). Die Grundlage dieses Erfolgs war eine von langer Hand geplante und programmatische Neuausrichtung der sozialdemokratischen Parteien. Die SP in Deutschland schlug einen gemässigten, wirtschaftsfreundlicheren Mitte-Linkskurs ein und prägte unter Schröder den Begriff der „Neuen Mitte“. In Grossbritannien verwandelte Blairs Labour Party unter dem Schlagwort „Dritter Weg“ die gewerkschaftsnahe und nachfrageorientierte Sozialdemokratie in eine offene, dynamische New Labour, wobei viele Elemente des Neoliberalismus übernommen werden (Sandner 2002: 10-11).

Trotz einiger Unterschiede in den beiden Ländern kommt es im Frühsommer 1999 zur Kooperation und zum Austausch der beiden Neuen Sozialdemokratien. Den deutlichsten Ausdruck dieser Zusammenarbeit bildet das so genannte Schröder-Blair-Papier, das im Juni 1999 veröffentlicht wird. Es erläutert die Begriffe „Neue

Mitte“ und „Dritter Weg“ und beschreibt das programmatische Konzept für die moderne Sozialdemokratie in Europa.

Ende 90-er Jahre regierten in fast allen Ländern Westeuropas Sozialdemokraten. Dies gelang nach Meinung der beiden Sozialdemokraten nur, weil sich ihre Parteien erfolgreich an die veränderten Umstände anpassen konnten. Die traditionellen Werte der Sozialdemokratie seien aber zeitlos und daher unbedingt beizubehalten. Dominierten früher Werte wie Solidarität und Gleichheit, verwenden die Neuen Sozialdemokraten die moderneren Losungsworte wie Fairness und Gerechtigkeit. Die alten Werte wurden also in ein neues - den Zeiten angepasstes - Kleid gesteckt. Wie Giddens betont auch das Schröder-Blair-Papier, dass das alte Links-Rechts-Schema im Hinblick auf die gesellschaftlichen Veränderungen obsolet wurde. Gefragt sind heute praktische Lösungen für Probleme und nicht mehr ideologisch stringentes Handeln. Die Neue Sozialdemokratie will eine aufrichtige, wohl konstruierte und pragmatische Politik verfolgen. Die Ideologie dürfe nicht mehr die Handlungsfähigkeit der Regierung einschränken. Folglich kommt es zu einer Entideologisierung der Politik, welche nun fortan vom Pragmatismus bestimmt wird. „Richtige Politik erkennt man daran, dass sie funktioniert“ (Blair zit. nach Sturm 2001).

Der Staat hat die Aufgabe, die Wirtschaft gezielt zu fördern, darf sie aber auf keinen Fall ersetzen wollen. „Wir unterstützen eine Marktwirtschaft, nicht aber eine Marktgesellschaft!“

Die hohen Staatsausgaben sollen gedrosselt werden. Um die Bürokratie abzubauen, schlagen die Verfasser des Papiers eine radikale Modernisierung des öffentlichen Sektors, eine Leistungssteigerung und Strukturreform der öffentlichen Verwaltung (Stichwort New Public Management) vor.

Die Wirtschaftspolitik soll den traditionell sozialdemokratischen, nachfrageorientierten Ansatz mit Elementen der einst verschmähten angebotsorientierten Theorie des (Neo-)Liberalismus anreichern. Die supranationale EU fungiert hierbei als Institution, die die Liberalisierung des Welthandels weiter vorantreiben soll, um so Produktivitätswachstum zu gewährleisten. Die Neuen Sozialdemokraten sollen künftig nicht mehr mit hohen Steuern in Verbindung gebracht werden, vielmehr sind eine Vereinfachung des Steuersystems und Senkung der Belastung (vor allem von Unternehmen) angestrebt. Um in der wissensgestützten Wirtschaft der

nachindustriellen Gesellschaft (vgl. Bell 1975) bestehen zu können, sind hohe Investitionen im Humankapital nötig.

Ein Teil des Papiers zählt die Fehler der „alten“ Sozialdemokratie auf und trägt sinngemäss den Titel „aus Erfahrungen lernen“. Die Bedeutung von eigener Leistung und Verantwortung wurde bisher zu wenig beachtet. Vielmehr kam es zu einer überproportionalen Ausweitung von Verwaltungsstellen und Bürokratie, damit die Marktversagen korrigiert werden konnten. Die Eigenverantwortung und der Unternehmergeist konnten sich unter diesen Umständen kaum positiv entwickeln und ausbreiten. Wurden bisher Rechte höher bewertet als Pflichten, so dürfen jetzt Rechte nur mehr in Kombination mit Pflichten denkbar sein. Die Losung heisst: „Keine Rechte ohne Pflichten“.

Der Dritte Weg der Sozialdemokratie sieht sich neuerdings als Anwalt des Mittelstandes. Die Partei, die einst das Proletariat vertritt, gehört der Vergangenheit an. Auch die traditionell enge Bindung zu den Gewerkschaften wurde (zumindest in Grossbritannien) auf ein Minimum reduziert (Sandner 2002: 10). Das Image der Sozialdemokratie hat sich grundlegend geändert: Der Dritte Weg spricht nicht mehr das traditionell sozialdemokratische Milieu von ungebildeten und armen Arbeitern an, sondern richtet sich primär an gebildete und mittelständische Angestellte.

Die Kritik am Schröder-Blair-Papier fiel heftig aus. Nebst den marxistischen Linken, die die Vorschläge des Dritten Weges als „Thatcherism“ mit menschlichem Antlitz abstempelten (Sandner 2002: 12), meldeten sich auch besorgte Sozialdemokraten zu Wort. Letztere kritisierten vor allem die programmatische Orientierungslosigkeit und bedauerten, dass Teile der einst verschmähten neoliberalen Denkweise übernommen wurden (Oltener Kreis Linker Sozialdemokraten 2004: 5).

2.3 Gurten-Manifest für eine neue und fortschrittliche SP-Politik

Nachdem die internationale Debatte mit dem theoretischen Entwurf von Giddens und dem Schröder-Blair-Papier beleuchtet wurde, widmet sich der folgende Abschnitt einem Vorschlag auf nationaler Ebene, nämlich dem Gurten-Manifest. Es erschien am 10. Mai 2001 und wurde von Henri Huber (Gemeinderat Köniz), Tobias Kästli (Historiker), Wolf Linder (Politologe) und Simonetta Sommaruga (heutige Berner

Ständerätin) auf dem Berner Hausberg erarbeitet und verfasst. Das kurze Paper darf nicht als umfassendes Programm verstanden werden, sondern beschränkt sich vielmehr auf diejenigen Themen, in denen sich die Autoren Veränderungen der Parteipositionen wünschen.

Die SP schöpfe ihr Potenzial nicht genügend aus. Mit den Werten, die sie vertritt, könne sie eigentlich viel mehr Menschen ansprechen, als sie das heute wirklich tut. Angestrebt werden ehrgeizige 35% bei den anstehenden eidgenössischen Nationalratswahlen 2003.

Das Manifest soll eine Diskussion „über ein neues Grundverständnis und einen anderen politischen Stil“ lancieren. Weiter soll es „provozieren“ und eine parteiinterne Diskussion auslösen.

Das Manifest besteht aus zehn kurzen Thesen, die praktisch alle relevanten Politikfelder thematisieren. Die Autoren beleuchten in einem ersten Schritt die Erfahrungen in diesen Feldern der „alten“ Sozialdemokratie und definieren im zweiten Schritt, wie die „neue“ SP-Politik aussehen könnte.

In diesem Abschnitt werden nur diejenigen Thesen näher beleuchtet, die im empirischen Teil operationalisiert und überprüft werden können. Deshalb sind nur fünf der insgesamt zehn Thesen erwähnt, was nicht bedeutet, dass die anderen fünf weniger wichtig sind.

„Die SP ist gut beraten, nicht jeder Referendums- und Initiativeforderung einer ihr nahe stehenden Aktivistengruppe nachzugeben“ lautet die zweite These. Die Partei betreibe so eine kurzatmige Klientelpolitik, die erstens ihrer Glaubwürdigkeit schadet und zweitens (und wohl wichtiger) keine neue WählerInnen anziehen kann. Wie dies auch auf europäischer Ebene vorkommt, spricht sich das Gurten-Manifest vom einengenden Einfluss der Gewerkschaften und anderen Interessenverbänden los. Die traditionelle enge Zusammenarbeit zwischen der institutionellen Sozialdemokratie und den Gewerkschaften wird obsolet und aufgeweicht. Mit dem Verzicht, radikalere „Kamikaze-Kommandos“ zu unterstützen, beabsichtigen die Autoren eine ideologische Mässigung in Initiative- und Referendumskampagnen ihrer Partei und damit verbunden eine Annäherung in die politische Mitte. Nur so kann sich die potenzielle Wählerschaft vergrössern.

Bisher wurden nach sozialdemokratischem Rason alle Aufgaben prinzipiell dem Staat übertragen, was dazu führte, dass sich dieser vor allem in wirtschaftlich

schlechteren Zeiten hoch verschuldete. Die Autoren werfen der Partei allgemein eine zu staatsgläubige und marktskeptische Haltung vor. Die neue SP-Politik dürfe nicht mehr dem naiven Glauben verfallen, dass der Staat Dienstleistungen grundsätzlich besser und günstiger als der Markt anbieten kann. Vielmehr setzt die neue SP-Politik „auf ein gutes Zusammenspiel zwischen Markt und Staat“ und fordert einen effizienten Staat (These 4). Die Steuerbelastung soll in Grenzen gehalten und die Staatsverschuldung abgebaut werden, was einer Konsolidierung der Ausgabenpolitik gleichkommt.

Die fünfte These fordert in der Sozialpolitik ein Gleichgewicht von Rechten und Pflichten. Die staatliche Fürsorge begleite den Einzelnen von der Wiege bis zur Bahre. Durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaates würde das Individuum so immer mehr „entmündigt“, während die Selbstverantwortung stetig abnehme. Die Sozialhilfebedürftige oder erwerbslosen Personen sollen nicht bloss empfangen, sondern eine Gegenleistung anbieten. Die individuelle Leistungsbereitschaft solle sich wieder lohnen. Diese sehr liberale Grundeinstellung mit individualistischer Konzeption findet sich auch im Schröder-Blair-Papier unter der Losung „Keine Rechte ohne Pflichten“.

„Die SP stärkt den ‚Service au public‘“. Konzentrierte sich die Partei bisher auf die Verteidigung des ‚Service public‘, so soll sie in Zukunft vermehrt die positiven Effekte des Marktwettbewerbs ausnützen. Die Frage, welche Aufgaben dereguliert oder weiterhin staatlich verrichtet werden, soll pragmatisch entschieden werden.

Stimmen die meisten Thesen mit den Intentionen der internationalen Debatte des Dritten Weges überein, so weicht das Gurten-Manifest in folgendem Punkt klar ab: Die neue SP-Politik soll sich nach Meinung der Autoren für eine Beschränkung der Einwanderung von ausserhalb des EU-Raums aussprechen. Die soziale Inklusion, wie man sie bei Giddens findet, ist also auf nationaler Ebene kein Thema.

Die Reaktionen liessen nicht lange auf sich warten. Vor allem der gewerkschaftsnahe Flügel der Sozialdemokraten aus der Westschweiz torpedierte die Vorschläge. Pragmatisches Entscheiden bei Deregulierungen, Betonen der Selbstverantwortung und die Beschränkung der Einwanderung liessen die Kritiker des Gurten-Manifests vermuten, dass die Autoren eine „Umwandlung der schweizerischen

Sozialdemokratie in eine vierte bürgerliche Partei“ beabsichtigen. Das Manifest sei „Verrat an der Basis“ (Maillard 2001: 3).

Obwohl die nationale Aushängeschilder der Partei, wie beispielsweise die damalige Parteipräsidentin Brunner oder Nationalrat Strahm sich grundsätzlich positiv zum Gurten-Manifest äusserten, stiessen die Vorschläge auf kommunaler Ebene eher auf Ablehnung. Eine Berner Lokalpartei zweifelte, ob die „10 neoliberalen Thesen“ wirklich aus sozialdemokratischer Feder stammen, denn „sie könnten genau so gut in den Parteiprogrammen von der FDP und CVP stehen“ (SP-Sektion Boll-Utzigen 2001).

Auch die Parteien links der Sozialdemokraten übten heftige Kritik, so fragte sich beispielsweise die kommunistische Partei der Arbeit, ob denn in Betracht der Vorschläge „Links rechts der Mitte liegt“ (Vorwärts 2001: 1).

Ob das Gurten-Manifest bloss ein „Gurken-Manifest“ ohne Wirkung auf die Lokalparteien ist, oder ob tatsächlich Veränderungen der Parteipositionen im Sinne des Manifests feststellbar sind, soll im empirischen Teil überprüft werden.

3. Fragestellung und Hypothesen

In der vorliegenden Arbeit wird die Frage gestellt, ob die Schweizer Gemeindesektionen der Sozialdemokratischen Partei sich in den Jahren 1990 bis 2002 im Sinne eines Dritten Weges der neuen sozialen Demokratie gewandelt haben. Daraus werden folgende Hypothesen abgeleitet:

H1: Die SPS-Lokalsektionen überwinden das Links-Rechts-Schema und radikalisieren sich in der neuen demokratischen Mitte.

Diese Hypothese soll prüfen, ob auch in der Schweiz eine Entideologisierung der Politik auch auf lokaler Ebene stattgefunden hat. Angestrebt wird eine pragmatische Politik, in welcher nicht parteiideologische Vorstellungen dominieren, sondern praxisorientierte an realen Sachproblemen geknüpfte Lösungsmechanismen im Vordergrund stehen.

Die zweite Hypothese beschäftigt sich mit dem Vorschlag des Dritten Weges im Bereich der Wirtschaftspolitik.

H2: Die SP-Lokalparteien durchliefen zwischen 1990 und 2002 eine Änderung ihrer Wirtschaftspolitik. Gemäss den Vorstellungen des Dritten Weges positionieren sich die Sozialdemokraten im Jahre 2002 liberaler als 1990.

Mit dieser Hypothese soll aufgezeigt werden, in welchen Bereichen der Wirtschaftspolitik sich die lokalen SPS-Sektionen in den letzten 13 Jahren gewandelt haben und im Sinne des Dritten Weges wirtschaftsfreundlichere Rahmenbedingungen unterstützen und politisch durchsetzen.

Die dritte Untersuchungsebene bildet die gesellschaftlich veränderten Rahmenbedingungen, welche von den Befürwortern des Dritten Weges im Rahmen ihrer Programmatik analysiert wurden. Im Sinne der Chancengleichheit für alle wird eine Gleichheit als Inklusion verfolgt.

H3: Falls sich auch die SPS-Lokalsektionen auf dem Dritten Weg befinden, dann müssten sie das Schema der Gleichheit als Inklusion und die damit verbundene Betonung der Chancengleichheit für alle Individuen befürworten.

Weitere strukturelle Rahmenbedingungen, welche Einfluss auf die parteiinternen Aktivitäten und Prozesse der jeweiligen sozialdemokratischen Ortspartei ausüben könnten, sind die Sprachregion und die Grösse der Gemeinde. Im Zusammenhang mit den Sprachregionen und den Kantonen wird „vielfach behauptet, dass die drei Landesteile und damit auch die Kantone bezüglich ihres politisch-ideologischen Temperamentes stark differenzieren.“ (Schaller 1994: 114). Die föderale Struktur des Landes könnte parteiinterne Alleingänge bezüglich der Vorstellungen des Dritten Weges ermöglichen. Im Hinblick auf die Gemeindegrösse „geben verschiedene Überlegungen Anlass zur Vermutung, dass die die Parteigruppierungen kleinerer Gemeinden relativ wenig ideologisches Profil aufweisen“ (Schaller 1994: 116). Begründet wird dies durch die stetige Zunahme der Fragmentierung und der Konkurrenz des Parteiensystems bei wachsender Gemeindegrösse. So sind bei einer geringen Zahl von Ortsparteien, die jeweiligen kommunalen Gruppierungen eher gezwungen ihre Politik an den unterschiedlichsten Interessen der lokalen Bevölkerung auszurichten. Währenddem sich in grösseren Gemeinden die Parteien häufiger in einem Konkurrenzverhältnis begegnen und deshalb, sowohl auf der Ebene genereller ideologischer Ausrichtungen als auch dem Niveau konkreter politischer Sachgeschäften sich deutlicher voneinander abgrenzen (in Anlehnung an Schaller 117f.). Gemäss der politischen Theorie des Dritten Weges sollten weder die Fragmentierung noch die grössere Konkurrenz des Parteiensystems Einfluss auf die pragmatische Problemlösungskultur ausüben.

4. Methodisches Vorgehen

Die Datengrundlage des vorliegenden Beitrags bilden zwei Datenerhebungen des Soziologischen Instituts der Universität Zürich, welche in den Jahren 1989/1990 und 2002/2003 durchgeführt wurden. Infolgedessen wurden jeweils allen Präsidentinnen und Präsidenten der ca. 5000 Lokalparteien aller Schweizer Gemeinden ein annähernd identischer Fragebogen über Organisationsstruktur, Anhängerschaft, politische Orientierung, Aktivitäten und Prozesse der betreffenden Partei zugesandt. „Verdankenswerterweise haben sich beide Male gut 50 Prozent aller Ortsparteien (d.h. über 2500) an der Umfrage beteiligt“ (Geser 2003: 4).

Der vorliegende Datensatz bietet verschiedene statistische Auswertungsmöglichkeiten: Um den zeitlichen Modus festzulegen, wird ein Erhebungsdesign, wie das Trend- oder das Paneldesign vorgeschlagen. Für die vorliegende Arbeit wird ein Paneldesign verwendet. Demzufolge werden „die Werte der gleichen Variablen zu mehreren Zeitpunkten, jedoch auf der Grundlage einer identischen Stichprobe erhoben“ (Diekmann 2000: 267). In unserem Fall reduziert sich dadurch die Fallzahl der SP- Lokalsektionen von 569 (1990) und 529 (2002) auf einen Wert von 290. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass durch die kleinere Stichprobe das Problem der Panelmortalität verringert werden kann. Die Frage bleibt dennoch bestehen, ob in den beiden Erhebungsjahren immer ein und dieselbe Person das Amt des Präsidenten der Lokalpartei ausgeübt hat. In diesem Zusammenhang stellt die subjektive Haltung jeder einzelnen befragten Person, welche nicht unbedingt der effektiven Haltung der gesamten Lokalpartei entsprechen muss, ein weiteres Problem dar. Geser spricht hierbei von einer ‚Perspektive von oben‘, der zumindest bei Einschätzungsfragen, eigentlich eine komplementäre ‚Sicht von unten‘ hinzugefügt werden müsste (Geser 1994: 34). Für diese Arbeit kommt erschwerend hinzu, dass die Art und Weise, wie der Fragebogen ausgestaltet wurde, eher Entwicklungen zwischen den Parteien hinsichtlich Konvergenz, beziehungsweise Divergenz betont und den Fokus weniger auf den parteiinternen Wandel legt.

Um die Entwicklung der kommunalen Sektionen der SPS im Sinne des Dritten Weges festzustellen, werden drei verschiedene Ansätze verwendet (kursiv: Formulierungen aus dem Fragebogen):

1.) Die Entideologisierung der Politik der kommunalen Sektionen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz wird aus zwei Fragen aus dem Fragebogen gebildet. Erstens die ideologische Ausrichtung der jeweiligen SP-Ortspartei auf der Links-Rechts-10er Skala und

*Die politische Einstellung wird häufig auf einer Links-Rechts-Skala dargestellt.
Ganz allgemein: Wo würden sie Ihre Ortspartei auf dieser Skala einordnen?*

zweitens die Haltung der Lokalsektion der SP zu Sachgeschäften in der Gemeinde (mit den Ausprägungen „ja, voll und ganz“, „eher ja“, „eher nicht“, „nein, gar nicht“ und „weiss nicht“)

Oft wird behauptet, dass es sich bei Gemeindeangelegenheiten in der Regel um unpolitische Fragen handelt, bei denen es darum geht, sachgerechte Lösungen zu finden. Würde in Ihrer Ortspartei dieser Ansicht zugestimmt?

2.) Die politische Orientierung der Ortspartei wird anhand der Aussagen zu zentralen politischen Fragen unserer Zeit und der Betonung spezifischer Ziele der Gemeindepolitik gemessen. Es werden jedoch nur jene Fragen berücksichtigt, welche erstens in beiden Erhebungsjahren gestellt wurden und zweitens wirtschafts- oder sozialpolitische Problemstellungen beinhalten, welche auch von den politischen Ideen um den Dritten Weg aufgegriffen wurden. Die Haltung der Lokalsektionen der SPS zu den 11 spezifischen Issues (mit den Antwortmöglichkeiten „Mehrheit zustimmend“, „Mehrheit ablehnend“, „Meinungen sind geteilt“ und „weiss nicht“) werden in den folgenden Kapiteln analysiert. Dabei wird eine Trennung zwischen den Bereichen der Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik vollzogen.

Verschiedene politische Parteien unterscheiden sich danach, wie sie zu zentralen politischen Fragen unserer Zeit Stellung beziehen. Können sie uns sagen, ob die aktiven Mitglieder Ihrer Ortspartei den folgenden politischen Positionen mehrheitlich zustimmend oder ablehnend gegenüberstehen

Beziehungsweise

Ortsparteien unterscheiden sich auch danach, welche Zielen der Gemeindepolitik sie befürwortend oder ablehnend gegenüberstehen. Bitte sagen Sie uns, ob die folgenden Ziele bei den aktiven Mitgliedern Ihrer Ortspartei mehrheitlich auf Zustimmung oder Ablehnung stossen

Um die politische Theorie des Dritten Weges noch eingehender zu testen, werden die einzelnen Hypothesen mittels der Strukturvariablen Sprachregion und Gemeindegrösse statistisch ausgewertet. Dadurch wird der föderalen Struktur des Landes Rechnung getragen und lokale kulturbedingte Eigenheiten der Ortsparteien berücksichtigt.

Die Grösse der Kommune widerspiegelt die strukturellen Rahmenbedingungen, in welcher eine Lokalsektion politisch aktiv ist. Es wird erwartet, dass sich die politischen Vorstellungen und Orientierungen von Ortsparteien in kleineren Gemeinden von denen in grösseren Gemeinden unterscheiden. Diese kultur- und strukturbedingten Eigenheiten können einen Einfluss auf die Art und Weise ausüben, wie die Gruppierungen der SPS in den jeweiligen Gebietskörperschaften ihre politischen Aktivitäten im Sinne des Dritten Weges interpretieren.

5. Empirischer Teil

Hypothese 1: Die SPS-Lokalsektionen überwinden das Links-Rechts-Schema und radikalieren sich in der neuen demokratischen Mitte.

Die Ideologie darf den Handlungsspielraum der Regierungen laut Schröder und Blair nicht mehr einschränken. Sie fordern einen pragmatischen Politikstil oder wie Blair zu sagen pflegt, zeichnet sich gute Politik dadurch aus, dass sie funktioniert.

Damit die Wahlerfolge in Grossbritannien und Deutschland überhaupt möglich wurden, näherten sich die Neuen Sozialdemokraten der ideologischen Mitte an, um so die notwendigen Stimmen der „Mitte-WählerInnen“ zu sichern. Im schweizerischen Politiksystem spielen solche Überlegungen nur eine untergeordnete Rolle. Die konsensuale Entscheidungsfindung garantiert allen Interessenvertretern ein Mitspracherecht, so dass ideologische Veränderungen kaum stattfinden müssen. Trotz dieser institutionell bedingten Hürde ist eine tendenzielle Bewegung in die Mitte auch in der Schweiz denkbar: Auch die Sozialdemokraten der Schweiz wandelten sich wie in allen nachindustriellen Ländern Westeuropas von einer klassenkämpferischen Arbeiterpartei zu einer gemässigten Interessenvertreterin des Mittelstandes (vgl. Schröder-Blair-Papier).

Tabelle 5.1: Ideologische Selbstverortung nach Kantone

Kantone	1990			2002		
	Mittelwert	Std.abweich.	Diff. zum Durchschnitt	Mittelwert	Std.abweich.	Diff. zum Durchschnitt
ZH	3	1.72	0.4	2.93	0.73	0.18
BE	3.89	1.38	-0.49	3.42	1.29	-0.31
LU	3	0.93	0.4	2.5	0.76	0.61
UR*	3	.	0.4	2	.	1.11
SZ	3.33	1.51	0.07	3	0.63	0.11
GL*	3	0.82	0.4	3.25	0.96	-0.14
ZG*	2.33	0.58	1.07	3.67	0.58	-0.56
FR	3	1.12	0.4	2.67	0.71	0.44
SO	3.44	0.71	-0.04	3.72	1.59	-0.61
BL	2.8	0.84	0.6	2.6	0.55	0.51
SH*	4	1.73	-0.6	2.67	0.58	0.44
SG	3.23	0.87	0.17	2.86	0.89	0.25
GR*	3.67	0.58	-0.27	3.67	0.58	-0.56
AG	3.44	1.47	-0.04	3.2	1.22	-0.09
TG	4	1.15	-0.6	2.86	0.9	0.25
TI	3.5	2.04	-0.1	3.05	1.53	0.06
VD	3.33	1.56	0.07	2.83	1.34	0.28
VS	2.57	0.98	0.83	3.14	1.07	-0.03
NE	3.58	1.24	-0.18	2.92	1	0.19
GE*	3	.	0.4	3	.	0.11
JU*	3.25	0.5	0.15	1.75	0.5	1.36
Total	3.4	1.4		3.11	1.16	

* Kantone mit weniger als 5 Lokalsektionen

Wie aus der Tabelle 5.1 ersichtlich wird, kam es in der schweizerischen Sozialdemokratie nicht zu einer Bewegung Richtung der politischen Mitte. Lag der Mittelwert 1990 noch bei 3.4, so wies er 13 Jahre später einen Wert von 3.11 auf. Die SP-Lokalsektionen verschoben sich also eher nach links und bilden 2002 ideologisch eine homogenere Partei, was sich in der kleineren Standardabweichung zeigt. Ein Teil der Hypothese, nämlich die Radikalisierung in der Mitte, kann somit klar widerlegt werden.

Die Resultate in zeitlicher Perspektive sind allerdings mit Vorsicht zu geniessen. Bei der Selbstverortung handelt es sich um eine subjektive Einschätzung einer einzigen Person. Auch ist es möglich und in den meisten Fällen sehr wahrscheinlich, dass es zwischen 1990 und 2002 zu Personalrochaden in den Präsidien gekommen ist, so dass zwar die gleiche Partei, nicht aber die gleiche Person gefragt werden konnte.

Tabelle 5.2: Ideologische Selbstverortung nach Sprachregion und Gemeindegrösse

Gemeindegrösse	Deutschschweiz		Französische Schweiz		Italienische Schweiz	
	1990	2002	1990	2002	1990	2002
250-499	3.40	2.60	3.00*	2.00*	3.00*	3.00*
500-999	4.29	4.86	4.00*	2.25*	2.33*	2.33*
1000-1999	3.79	3.70	3.40	3.10	3.17	3.20
2000-4999	3.54	3.24	2.93	2.50	2.86	3.00
5000-9999	3.20	2.88	3.00	3.00	3.00*	3.75*
10000-19999	3.13	2.87	2.00*	3.00*	3.00*	3.00*
20000-	2.88	2.63	4.50*	3.75*	2.00*	2.00*
Total	3.42	3.16	3.29	2.83	3.50	3.05
	Veränderung: -0.25		Veränderung: -0.45		Veränderung: - 0.45	

* Auf weniger als 5 Fällen basierende Mittelwerte

Wie aus der Tabelle 5.2 ersichtlich wird, streben die Sozialdemokraten aller Sprachregionen ideologisch nach links. Die meisten SP-Lokalsektionen, die in dieser Arbeit berücksichtigt werden, befinden sich in Gemeinden mit einer Einwohnerzahl zwischen 2'000 und 4'999. Auch in dieser quantitativ wichtigsten Spalte zeigt der zeitliche Vergleich nicht etwa einen Rutsch in die Mitte wie in der Neuen Sozialdemokratie, sondern eine leichte Radikalisierung nach links. Die wenigen Abweichungen nach rechts – also in die Mitte – finden in der italienischen Schweiz und in eher kleinen Gemeinden statt, was aber mit Vorsicht zu interpretieren ist.

Hypothese 2: Die SP-Lokalparteien durchliefen zwischen 1990 und 2002 eine Änderung ihrer Wirtschaftspolitik. Gemäss den Vorstellungen des Dritten Weges positionieren sich die Sozialdemokraten im Jahre 2002 liberaler als 1990.

Wie im theoretischen Teil erwähnt wurde, kann der Dritte Weg als reaktive Denkströmung zum neoliberalen Konservatismus angeschaut werden. Damit die Sozialdemokraten in Deutschland und Grossbritannien ihr Wahlpotenzial steigern konnten, erfolgte eine Übernahme neoliberaler Rezepte in gewissen Bereichen. Vor allem in der Wirtschaftspolitik kam es mit der „neuen angebotsorientierten Agenda für die Linke“ (Schröder-Blair-Papier 1999) zu einer fundamentalen Erneuerung der Sozialdemokratie. Sie verabschiedete sich von der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik à la Keynes und lockerte ihre einst traditionell verfestigte Beziehung zu den Gewerkschaften.

Es soll einmal mehr darauf hingewiesen werden, dass keine Monokausalität mit den Diskussionen um den Dritten Weg angenommen werden darf. Andere - hier vielleicht nicht untersuchte - Faktoren könnten möglicherweise einen gewichtigeren Einfluss auf die Wandlung der Parteipositionen haben.

Um die Veränderung in der Einstellung gegenüber der Wirtschaftspolitik sichtbar zu machen, wird eine wirtschaftspolitische Variable gebildet.

Eine zunehmende Zustimmung der ersten fünf Fragen, bzw. Ziele kann als programmatische Annäherung, eine zunehmende Ablehnung als Distanzierung zur Konzeption des Dritten Weges verstanden werden. Bei den letzten drei Zielen der Gemeindepolitik verhält es sich gerade umgekehrt.

Wirtschaftspolitische Variable

Zentrale politische Fragen unserer Zeit

- Förderung des Finanzplatzes Schweiz
- Verringerung der Steuerbelastung
- Dafür sorgen, dass der Staat nicht immer mehr reglementiert

Ziele der Gemeindepolitik

- Den Gemeindesteuerfuss möglichst niedrig halten
- Förderung des Wirtschaftswachstums der Gemeinde
- Mehr öffentliche Unterstützung für kulturelle Veranstaltungen und Einrichtungen
- Mehr öffentliche Unterstützung für soziale Dienstleistungen und Einrichtungen
- Förderung des öffentlichen Verkehrs

Um die Resultate der wirtschaftspolitischen Variable sinnvoll auszuwerten, wird sie in vier Bereiche untergliedert. Die Verringerung der Steuerbelastung und das Ziel eines möglichst niedrigen Gemeindesteuerfuss bilden die Grundlage des Bereiches Steuerpolitik. Der zweite Bereich thematisiert die Förderung des Wirtschaftswachstums und umfasst die Fragen der Finanzplatzförderung und des Gemeindegrowthwachstums ein. Ob man verhindern sollte, dass der Staat immer mehr reglementiert, bildet die Grundlage des dritten Bereiches, der sich der staatlichen Reglementierung widmet. Der vierte und letzte Bereich beschäftigt sich mit dem öffentlichen Angebot, das durch die drei Gemeindeziele Unterstützung der Kultur, des Sozialen und des öffentlichen Verkehrs operationalisiert wird.

Bereich 1 - Steuerpolitik

Die alte Sozialdemokratie wird häufig mit hohen Steuern in Verbindung gebracht. Der umfassende Wohlfahrtsstaat, der die BürgerInnen von der Wiege bis zur Bahre eng begleitet, lässt die Staatsquote in die Höhe steigen. Finanziert werden die öffentlichen Dienstleistungen über die Steuern.

Der Dritte Weg will eine Vereinfachung des Steuersystems und eine Konsolidierung der Belastung, letzteres vor allem bei Körperschaftssteuern. Die neue gemischte Wirtschaft fordert, dass sich die Zivilgesellschaft viel aktiver an den Aufgaben beteiligt, die früher dem Monopol des Staates unterlagen.

Fände eine Annäherung der schweizerischen SP-Lokalsektionen im Sinne des Dritten Weges an die Neue Sozialdemokratie statt, so kann man erwarten, dass sich die Parteien vermehrt für Steuererleichterungen aussprechen.

Abbildung 5.1: Steuerbelastung

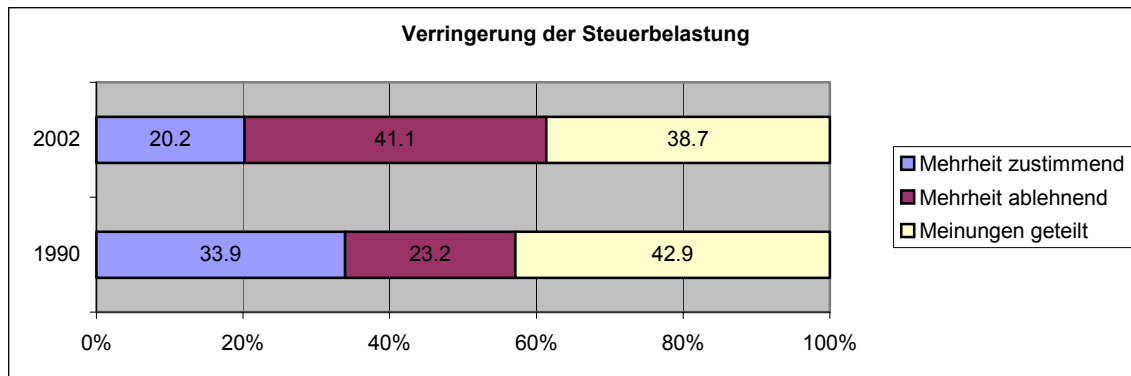
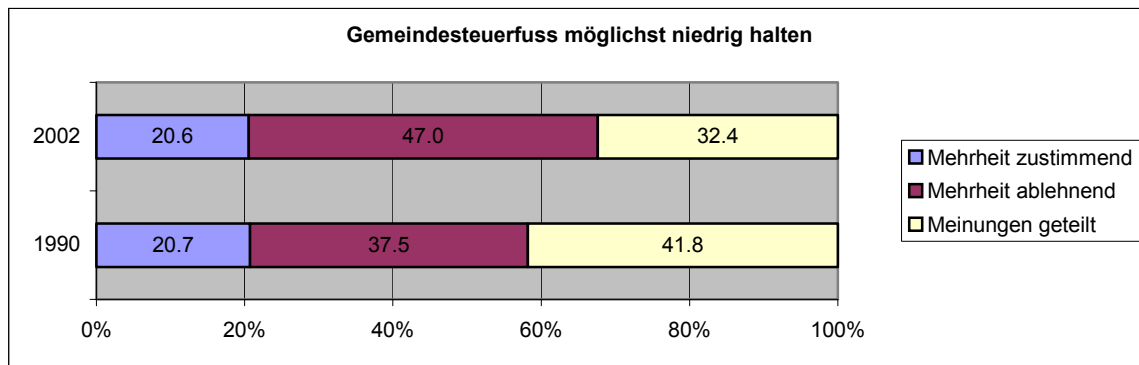


Abbildung 5.2: Gemeindesteuerfuss



Die Resultate im Bereich der Steuerpolitik sprechen eine eindeutige Sprache: Obwohl der Steuersenkungsdiskurs immer intensiver geführt wird, lehnen die schweizerischen SP-Lokalparteien, bzw. deren Mehrheiten Steuererleichterungen tendenziell immer stärker ab. Vor allem die Zunahme der ablehnenden Mehrheiten im Issue „Verringerung der Steuerbelastung“ um fast 18 %-Punkte lässt vermuten, dass die SP immer noch auf eine steuerintensive Wirtschaftspolitik setzt. Die gleiche Tendenz ist im steuerpolitischen Ziel der Gemeindepolitik feststellbar: Obwohl der Anteil zustimmender Mehrheiten praktisch konstant bleibt, zeigt die tendenzielle Zunahme der Ablehnung, dass die SP einer „restriktiveren“ Steuerpolitik immer skeptischer gegenübersteht.

Gliedert man die Lokalparteien nach Sprachregionen, so fällt auf, dass die romanische Schweiz (die Westschweiz und der Tessin) im Gegensatz zur Deutschschweiz Steuererleichterungen viel eher akzeptiert. Die zeitliche Perspektive

zeigt aber, dass man in diesen Landesteilen zunehmend kritischer gegenüber der liberalen Steuerpolitik ist.

Zusammenfassend fand zwischen 1990 und 2002 in der Steuerpolitik eher eine Abkehr als eine Annäherung zur Konzeption des Dritten Weges statt.

Bereich 2 - Förderung des Wirtschaftswachstums

Die gezielte Wirtschaftsförderung rückt durch den Dritten Weg noch stärker ins Zentrum. Um den nationalen Wohlstand zu sichern, muss im globalen Wirtschaftssystem ein möglichst hohes Wachstum angestrebt werden. Die neue angebotsorientierte Agenda der Linken fordert Rahmenbedingungen, unter denen ein einwandfreies Spiel der Marktkräfte möglich ist.

Fände eine Annäherung der SP-Lokalparteien im Sinne des Dritten Weges an die Neue Sozialdemokratie statt, so kann man erwarten, dass das Wirtschaftswachstum immer zentraler wird und deren Förderung für die nationale Volkswirtschaft von essentieller Bedeutung ist.

Abbildung 5.3: Finanzplatz

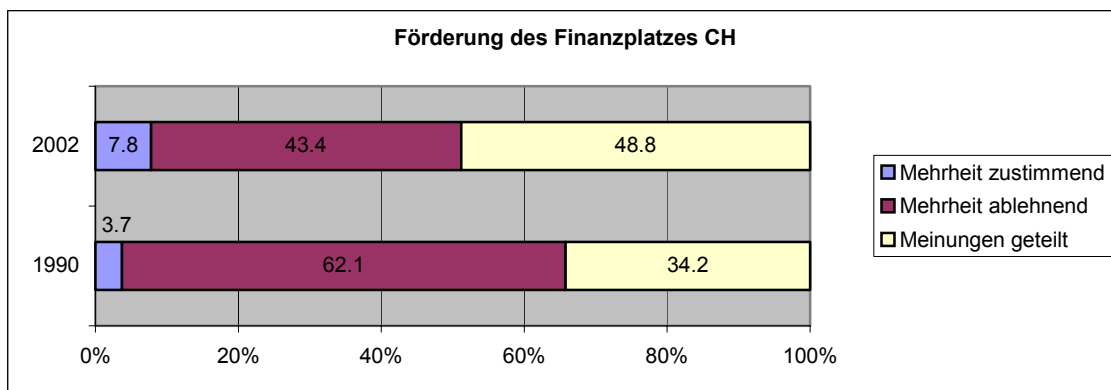
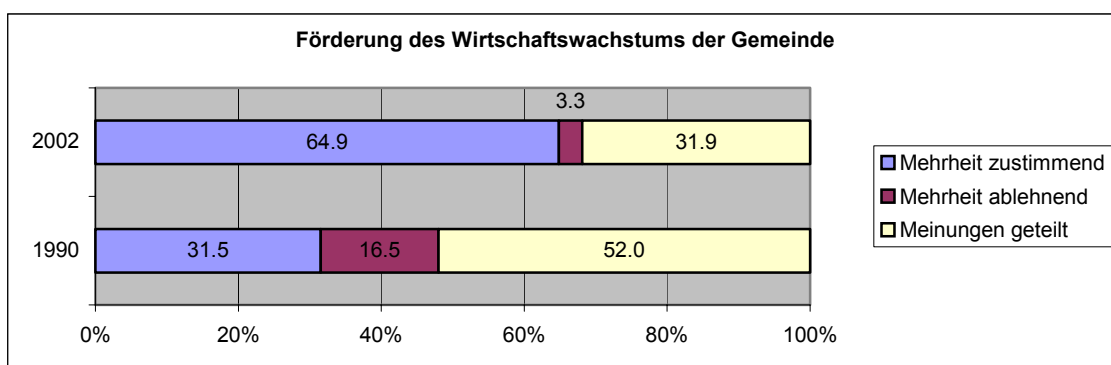


Abbildung 5.4: Wirtschaftswachstum



Der Förderung des Finanzplatzes Schweiz stehen die Lokalparteien zwar immer noch sehr skeptisch gegenüber, es fand aber in den 13 Jahren eine breitere Akzeptanz und Zustimmung dieses Issues statt.

Gliedert man die Resultate nach Sprachregionen, so fallen grosse regionale Unterschiede auf. In den romanischen SP-Lokalsektionen findet man in diesem Bereich eine breite Unterstützung. Drei von vier französisch und italienisch sprechenden untersuchte Sektionen befürworteten 1990 eine Förderung des Wirtschaftswachstums, während in der deutschsprachigen Schweiz dieser Anteil bei gerade einmal 19% lag.

Die Abnahme der ablehnenden Mehrheiten um fast 19%-Punkte zeigt, dass die grundsätzliche Ablehnung dieses liberalen Themas der Vergangenheit angehört.

Ziemlich eindeutig sind die Veränderungen in der Förderung des Wirtschaftswachstums der Gemeinde interpretierbar. Belief sich der Anteil der zustimmenden Mehrheiten 1990 noch auf geringe 30%, so sprechen sich zwölf Jahre später zwei von drei Lokalparteien für eine Förderung aus.

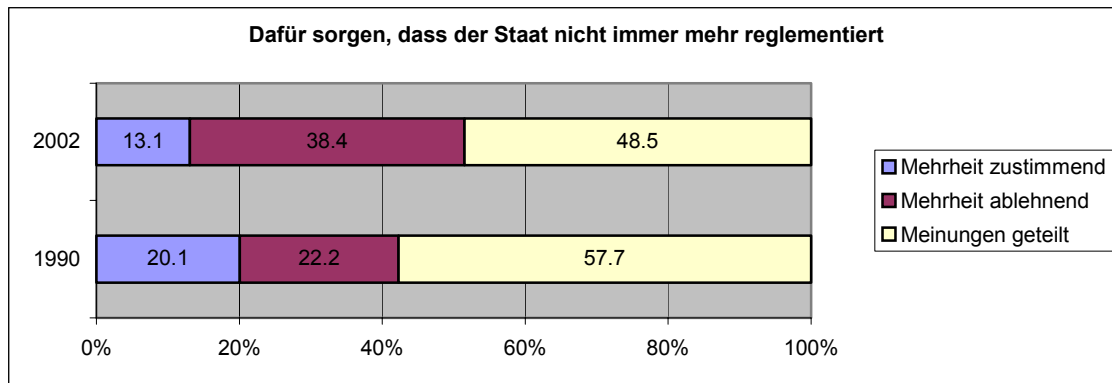
Wirtschaftswachstum und deren Förderung spielt in der Politik der schweizerischen Sozialdemokraten zunehmend eine zentrale Rolle. Wie das Wirtschaftswachstum erreicht werden soll, ist eine andere - hier nicht gestellte - Frage. Die Tatsache, dass das Wirtschaftswachstum zunehmend ins Blickfeld der schweizerischen Sozialdemokraten rückt, kann als eine Annäherung an eine liberalere Wirtschaftspolitik im Sinne des Dritten Weges gewertet werden.

Bereich 3 - Staatliche Reglementierung

Wird in einem Wirtschaftssystem weniger reglementiert, so lassen sich die Vorteile des Wettbewerbs effizienter ausnützen. Eine wirtschaftsfreundlichere Gesetzgebung, die Investitionsanreize generiert und den Unternehmergeist auf allen Ebenen der Gesellschaft fördert, soll flexible Märkte entstehen lassen, die durch den grossen Handlungsspielraum innovationsfördernd wirken. Diese typisch neoliberale Logik findet Einzug in der Konzeption des Dritten Weges und stellt eine Übernahme angebotsorientierter Wirtschaftspolitikrezepten dar.

Fände eine Annäherung der schweizerischen SP-Lokalsektionen im Sinne des Dritten Weges an die Neue Sozialdemokratie statt, so setzten sich die Parteien vermehrt dafür ein, dass der Staat nicht immer mehr reglementiert.

Abbildung 5.5: Staatliche Reglementierung



Die schweizerischen SP-Lokalsektionen setzen und setzen mehrheitlich auf eine staatlich reglementierte Wirtschaftspolitik und schenken dem liberalen Argument der „Überreglementierungsgefahr“ kaum Beachtung.

Der hohe Anteil geteilter Meinungen zeigt allerdings auch auf, dass dieses Issue innerhalb der SP äusserst umstritten ist und man nicht von einer eindeutigen und homogenen Parteipositionierung sprechen kann.

Die Resultate zeigen im Bereich der staatlichen Reglementierung zusammenfassend, dass dieser Teil der angebotsorientierten Konzeption des Dritten Weges in den SP-Lokalsektionen keinen Einzug gefunden hat.

Bereich 4 – Öffentliches Angebot

Der Staat muss entschlanen! So lautet eine der zahlreichen Forderungen des Schröder-Blair-Papiers. Durch die Steuererleichterungen und der damit verbundenen Staatsquoteabnahme, stehen dem öffentlichen Haushalt nicht mehr so viele Mittel zur Verfügung.

Die Autoren des Gurten-Manifests wollen das öffentliche Angebot zwar auf gleicher Stufe beibehalten, es sollen aber vermehrt die positiven Effekte des Marktes ausgenützt werden. Eine solche Auslagerung an die Zivilgesellschaft (vgl. Giddens) bedeutet, dass der neue Service au public nicht mehr das alleinige Betätigungsfeld des Staates bildet.

Fände eine Annäherung im Sinne des Dritten Weges an die Neue Sozialdemokratie statt, ist zu erwarten, dass zunehmend eine ablehnende Position der

schweizerischen SP-Lokalsektionen gegenüber dem Ausbau des öffentlichen Angebots beobachtbar ist.

Abbildung 5.6: Kultur

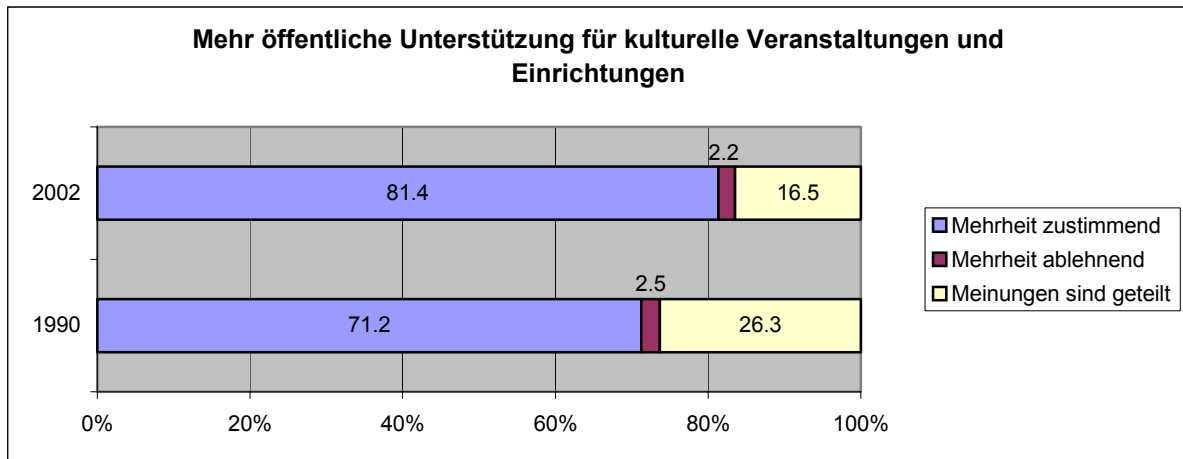


Abbildung 5.7: Soziales

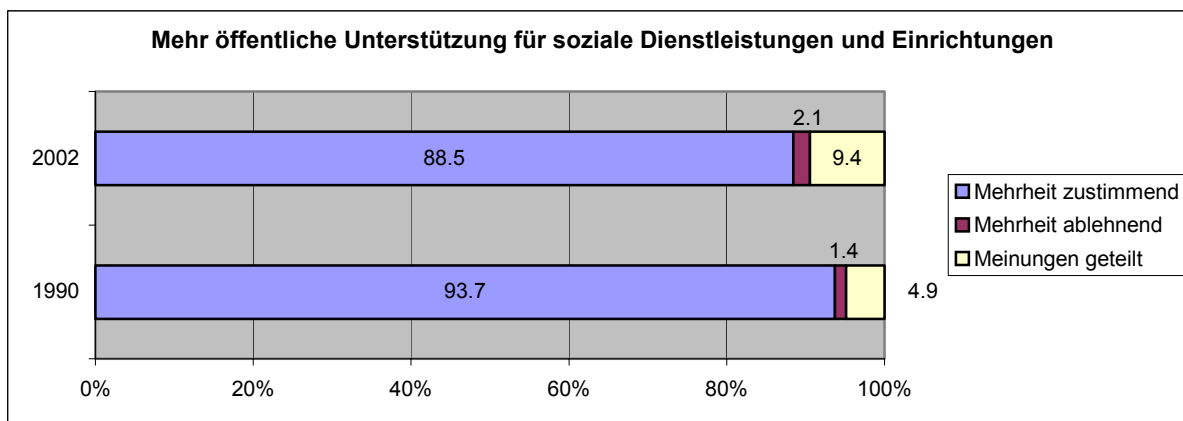
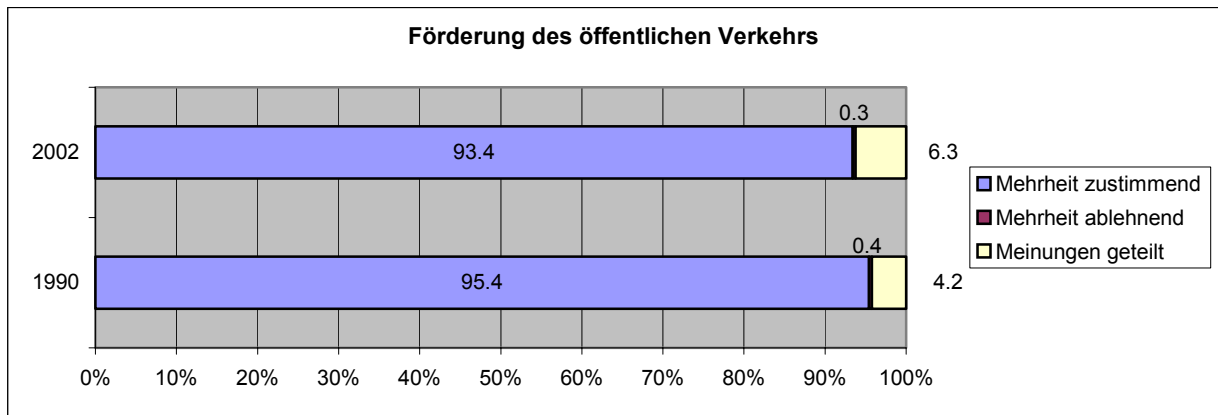


Abbildung 5.8: Öffentlicher Verkehr



Der Anteil der ablehnenden Mehrheiten vergrössert sich einzig im Issue der sozialen Dienstleistungen und Einrichtungen. Allgemein muss aber festgehalten werden, dass sich die schweizerischen SP-Lokalparteien weiterhin mit überwältigender Mehrheit für einen Ausbau des öffentlichen Angebots stark machen. Auch die regionale Aufgliederung zeigt, dass praktisch überall die Partei das öffentliche Angebot ausbauen will.

Eine Einschränkung des öffentlichen Angebots kommt für die SP-Lokalsektionen also nicht in Frage. In diesem Bereich fand überhaupt keine Annäherung, vielmehr eine Abkehr vom Konzept des Dritten Weges statt.

Hypothese 3: Die SPS-Lokalsektionen befürworten das Schema der Gleichheit als Inklusion und die damit verbundene Betonung der Chancengleichheit für alle Individuen.

Im Bereich der Sozialpolitik wendet sich die politische Theorie des Dritten Weges von der klassischen sozialdemokratischen Vorstellung der fundamentalen Gleichheit der Gesellschaft ab. Eine natürliche Ungleichheit der Individuen wird als unabwendbar betrachtet, da vor allem im Hinblick auf die ökonomische Dynamik der heutigen Welt die Gleichheit und die individuelle Freiheit sich als Zielkonkurrenz erweisen. Der Fokus der neuen sozialen Demokratie richtet sich nicht auf den Output sondern auf die individuellen Anfangsausstattungen. Hier sollte eine Gleichheit geschaffen werden im Sinne, dass von Anfang alle Individuen die gleichen Chancen erhalten ihre Ziele zu verwirklichen. Die Inklusion meint in seiner allgemeinsten Bedeutung die bürgerlichen und politischen Rechte und Pflichten, die jedes Mitglied der Gesellschaft nicht nur formal, sondern in seiner Lebenswirklichkeit haben sollte. Sie erstreckt sich über unzählige Bereiche des sozialen Lebens: mehr öffentliche Mitsprache im politischen aber auch im wirtschaftlichen Bereich, Gleichstellung beider Geschlechter, stärkere Integration von Ausländern usw.

Wie oben beschrieben, basiert die Inklusion nicht nur auf Rechte, sondern auch auf dem Prinzip der Pflichten. Der Aspekt der Pflichten kann leider nicht sinnvoll getestet, da betreffende Fragen in der Befragung fehlen, so dass hier nur die Inklusion im Sinne von Rechten zu verstehen ist.

Um die Hypothese im Bereich der Sozialpolitik zu testen, wird eine sozialpolitische Variable gebildet, welche „die Gleichstellung von Mann und Frau“, „Erhöhung des Arbeitnehmereinflusses“ und „mehr tun für Flüchtlinge und Asylsuchende“ berücksichtigt.

Abbildung 5.9: Gleichstellung

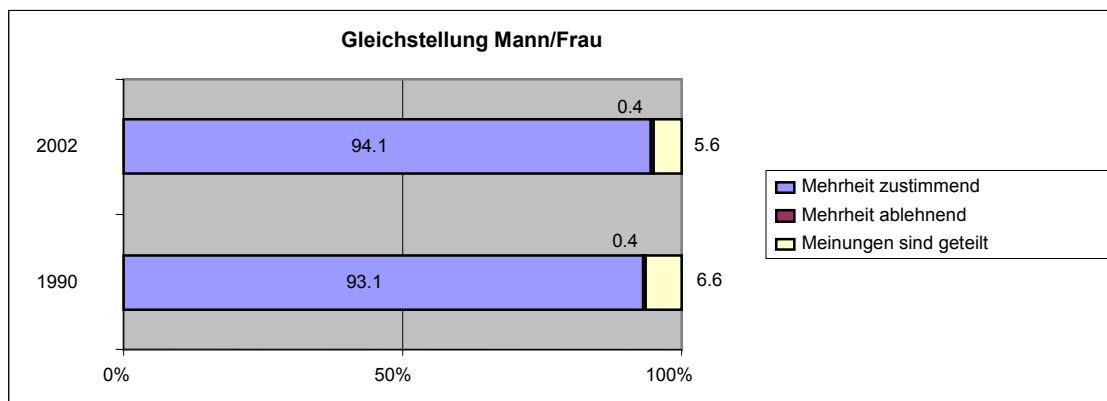


Abbildung 5.10: Arbeiternehmereinfluss

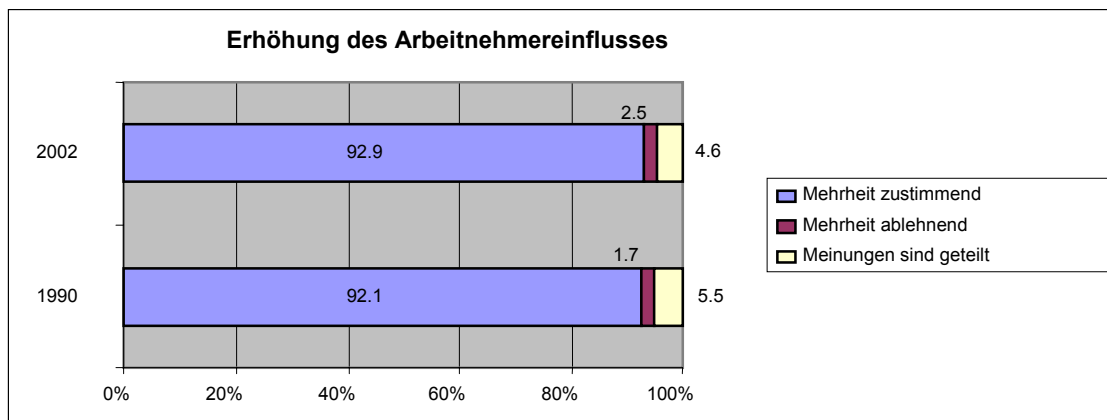
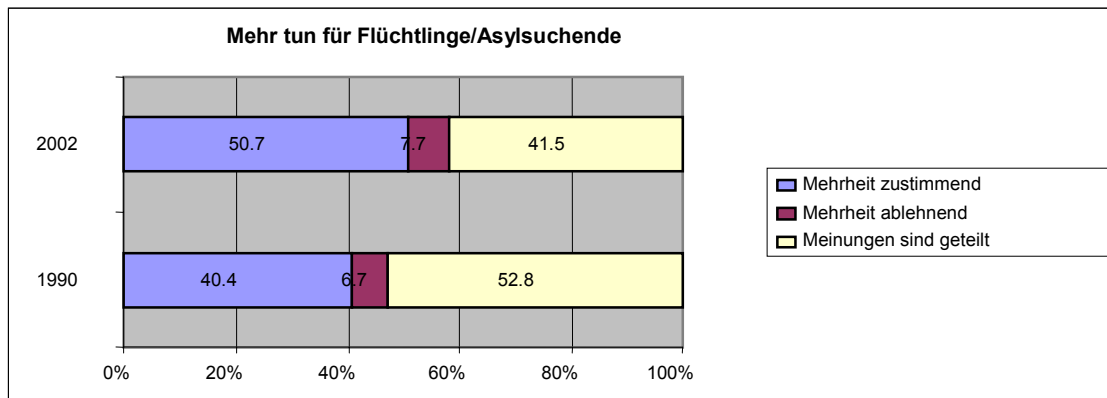


Abbildung 5.11: Flüchtlinge/Asylsuchende



Die Ergebnisse zeigen in allen Bereichen der sozialen Themen eine Konsolidierung auf höchstem Niveau mit leicht zunehmender Tendenz. Vor allem die Steigerung der zustimmenden Mehrheit für eine stärkere Unterstützung der Flüchtlinge/ Asylsuchende demonstriert eine Trendwende der politischen Ausrichtung der kommunalen Sektionen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Waren 1990 noch gut 53 Prozent unentschlossen hinsichtlich der parteipolitischen Haltung im Bereich der Asylpolitik, so reduzierte sich dieser Wert in den dreizehn Jahren auf knapp 42 Prozent. Dieses Resultat verdeutlicht auf genereller Ebene die verstärkte Motivation der Ortsparteien in jenem spezifischen Politikfeld und markiert zugleich eine Ablehnung der Ideen des Gurten-Manifestes in der Migrationspolitik. Die Tendenz geht in Richtung einer sozialen Inklusion aller Individuen in die Gesellschaft, wie sie von der internationalen politischen Theorie des Dritten Weges (vgl. Giddens und Schröder-Blair-Papier) vorgeschlagen wird. Der Fragebogen aus dem Jahre 2002 berücksichtigt ein weiteres Issue ‚mehr politische Rechte für AusländerInnen‘, das explizit den Vorstellungen der neuen sozialen Demokratie entspricht. Auf Zustimmung stösst diese Forderung vor allem in den Ortsparteien der französischen Schweiz (mehrheitliche Zustimmung über 80 Prozent) währenddem sich die kommunalen Sektionen der SPS in der italienischen Schweiz eher skeptisch äussern (mehrheitliche Zustimmung knapp 46 Prozent). Die lokalen Sektionen der SPS in der Deutschschweiz befürworten die verstärkte Integration der Ausländer zu 61 Prozent. Die Berücksichtigung der Gemeindegrösse bestätigt die Ergebnisse der Sprachregionen. In der Romandie findet sich bereits in kleinen Kommunen zwischen 500 und 1000 Einwohner eine mehrheitliche Zustimmung ‚für mehr politische Rechte für AusländerInnen‘ von 66 Prozent. Zusammenfassend kann für diese spezifische Forderung des dritten Weges Unterschiede in der politischen Ausrichtung der Lokalparteien aufgrund von sprachregionalen und bevölkerungsstrukturellen Eigenheiten festgestellt werden.

Im Bereich der sozialen Inklusion müssen die Resultate hinsichtlich der Verfolgung der Ziele des Dritten Weges mit Vorsicht genossen werden. Die Forderung, die Gleichstellung von Mann und Frau, auch realpolitisch umzusetzen, war schon im Jahr 1990 hoch und hat während der Zeit um die Diskussionen des Stimulus „Dritter Weg“ bis hin zum zweiten Erhebungsjahr nur minimal zulegt. Im Klartext stehen die

SPS-Lokalsektionen geschlossen hinter den Anliegen der Arbeitnehmer für mehr Einfluss und der Durchsetzung der Gleichstellung beider Geschlechter. In der Migrationspolitik haben die Ortsparteien der SPS einen Wandel vollzogen, welcher sich mit den Vorstellungen einer sozialen Inklusion vereinbaren lässt.

6. Schlussfolgerung: Der Dritte Weg in der Schweizer Sozialdemokratie

Die unten stehende Tabelle 6.1 verdeutlicht die Ergebnisse dieser Arbeit.

Tabelle 6.1: Zusammenfassung

	Zusammenfassung	1990	2002	Veränderung in %- Punkten	Entwicklung im Sinne des 3. Weges
1	Ideologische Orientierung und politischer Pragmatismus				
	Selbstverortung auf dem Links-Rechts-Schema	3.4	3.11	-0.29	nein
	Gemeindeangelegenheiten sind unpolitisch	2.87	2.57	-0.3	ja
2	Neue gemischte Wirtschaftspolitik				
2.1	Steuerpolitik				
	Verringerung der Steuerbelastung	1.95	2.2	0.25	nein
	Gemeindesteuerfuss möglichst niedrig halten	2.16	2.26	0.1	nein
2.2	Förderung des Wirtschaftswachstums				
	Förderung des Finanzplatzes Schweiz	2.58	2.35	-0.23	ja
	Förderung des Wirtschaftswachstums der Gemeinde	1.84	1.38	0.46	ja
2.3	Staatliche Reglementierung				
	Dafür sorgen, dass der Staat nicht immer mehr reglementiert	2.02	2.25	0.23	nein
2.4	Öffentliches Angebot				
	Mehr öffentliche Unterstützung für Kultur	1.31	1.2	-0.11	nein
	Mehr öffentliche Unterstützung für Soziales	1.07	1.13	0.06	nein
	Förderung des öffentlichen Verkehrs	1.04	1.06	0.02	nein
3	Gleichheit als Inklusion				
	Gleichstellung von Mann und Frau durchsetzen	1.07	1.06	-0.01	schon vor 3. Weg starke Befürwortung
	Arbeitnehmereinfluss erhöhen	1.09	1.09	0	schon vor 3. Weg starke Befürwortung
	Mehr tun für Flüchtlinge und Asylsuchende	1.66	1.56	-0.1	schon vor 3. Weg starke Befürwortung

Bemerkung: Für die 1. Rubrik wurde die statistische Erfassung aus dem Fragebogen übernommen, d.h. L-R- Schema hat 10 Ausprägungen und die Gemeindeangelegenheiten sind eingeteilt in "ja, voll und ganz", "eher ja", "eher nein" und "nein, gar nicht". Für die Rubriken Wirtschaftspolitik und Gleichheit als Inklusion wurden die Merkmale umcodiert: 1= Mehrheit zustimmend, 2= Meinungen geteilt und 3= Mehrheit ablehnend. Infolgedessen weisen Werte, welche gegen 1 tendieren eine hohe Zustimmung innerhalb der Lokalsektionen der SP auf.

Wie aus der Arbeit ersichtlich wird, befinden sich die schweizerischen SP-Lokalparteien nicht auf dem „Dritten Weg“. Es scheint, als ob sie auf einem anderen Weg marschieren, der in den meisten Bereichen eine andere Richtung einschlägt. Warum lassen sich die Sozialdemokraten in der Schweiz nicht vom Virus des „Dritten Weges“ anstecken? Sind die Schweizer Genossen institutionell bedingt immun oder ist der Virus einfach zu schwach?

Als mit Schröder in Deutschland und Blair in Grossbritannien das Konzept des Dritten Weges in der Realpolitik angewandt wurde, kam es zur Ablösung neoliberaler, konservativer Regierungen. Der Dritte Weg war folglich eine unmittelbare Reaktion auf die so genannte „konservative Revolution“. Er ist ein Konzept, das aus der Position einer Oppositionspartei erarbeitet wurde. Durch die Übernahme bestimmter (neo-)liberaler Punkte konnten sich die Neuen Sozialdemokraten die Stimme des entscheidenden Medianwählers sichern. Diese programmatische Verschiebung in die radikale Mitte (vgl. Giddens 1999) war Grundvoraussetzung für die Machtübernahme. Diesen Kontext auf die Konsensdemokratie Schweiz zu übertragen, erweist sich von Anfang an als problematisch.

Das Schweizer Parteiensystem ist gekennzeichnet durch eine Vielzahl von Parteien und einen föderalistischen Aufbau (Ladner 2003: 23). Anders als in den Wettbewerbsdemokratien Deutschland und Grossbritannien streben die Parteien in der Schweiz nicht die Mehrheit der Stimmen an, sondern geben sich „elektoral bescheiden“. Folglich wäre es für die SPS fatal, wenn sie in die Mitte streben würde, da sie so einen gewichtigen Teil ihrer Wähler an die links stehenden Grünen verlieren würde. Die hohe Zahl an Parteien im schweizerischen Parteiensystem führt dazu, dass die ganze ideologische Bandbreite durch einzelne Parteien besetzt gehalten wird. Dieses ideologisch festgefahrene Mehrparteiensystem, das in der Schweiz zu einer hohen Stabilität führte, erlaubt es einer Partei kaum, ideologische „Wanderungen“ zwecks Stimmeneroberung zu unternehmen, ohne dass sie StammwählerInnen verlieren würde.

Der föderale Aufbau des Parteiensystems garantiert den Lokalparteien eine hohe Autonomie. Die nationale Parteispitze kann Alleingänge einzelner Lokalparteien kaum verhindern. Die parteiinterne Heterogenität spiegelt die kultur- und sprachbedingten Eigenheiten der einzelnen Regionen wider. So fällt im Bereich der

Wirtschaftsförderung auf kommunaler Ebene auf, dass die romanischen Sozialdemokraten viel liberaler als die Deutschschweizer Parteigenossen denken.

Giddens' Forderung nach einer neuen Politik der Gleichheit als Inklusion suggeriert, dass die Zivilgesellschaft verstärkt in die politischen Prozesse miteinbezogen wird. In der Schweiz ist die zivile Gesellschaft durch die starke Direkte Demokratie und dem ausgeprägten Milizsystem traditionellerweise am politischen Prozess beteiligt. Die Ideen der politischen Theorie des Dritten Weges sind im gesellschaftlichen Bereich hierzulande bereits lange institutionalisiert.

Zusammenfassend finden die programmatischen Vorschläge des Dritten Weges in den Schweizer SP-Lokalparteien kein Gehör. Darüber hinaus ist auch keine eindeutige zukunftsorientierte Stossrichtung der politischen Haltung in den sozialdemokratischen Ortsparteien beobachtbar. Ein Wandel ist sichtbar, jedoch verläuft dieser weder homogen noch im Sinne des Dritten Weges.

7. Quellenverzeichnis

7.1 Datengrundlage

Schweizer Lokalparteien im Wandel, Befragung der Präsidentinnen und Präsidenten der Schweizer Lokalparteien 1989/1990 und 2002/2003; Soziologisches Institut der Universität Zürich.

7.2 Literatur

Bell, Daniel 1989: Die nachindustrielle Gesellschaft. Frankfurt a. M.: Campus.

Blair, Tony und Schröder, Gerhard 1999: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten - ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair.

Diekmann, Andreas 2000: Empirische Sozialforschung: Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Faux, Jeff 1999: Auf dem Weg in die Sackgasse. Eine Bilanz der Clinton-Jahre, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8, S. 934-946.

Geser, Hans; Ladner, Andreas; Meuli, Urs und Schaller, Roland 2003: Schweizer Lokalparteien im Wandel – Erste Ergebnisse einer Befragung der Präsidentinnen und Präsidenten der Schweizer Lokalparteien 2002/2003. Zürich: Soziologisches Institut der Universität Zürich.

Geser, Hans 1994: Die kommunalen Parteien der Schweiz als Gegenstand der soziologischen Analyse, in: ebd. et al.: Die Schweizer Lokalparteien. Zürich: Seismo.

Giddens, Anthony 1999: Der dritte Weg: die Erneuerung der sozialen Demokratie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Ladner, Andreas 2003: Politische Ideen und ihre Träger (Vorlesungsskript). Bern: Institut für Politikwissenschaften.

Maillard, Yves 2001: Eine erste Antwort. URL: www.socialism.ch (Stand 3. 6. 2004)

Oltener Kreis Linker Sozialdemokraten 2004: Warum wir Sozialistinnen und Sozialisten sind – Beitrag zu einer modernen Sozialdemokratie. URL: www.socialism.ch (Stand: 3. 6. 2004).

Sandner, Günther 2002: Der „Dritte Weg“ der Sozialdemokratie, in: Politik und Zeitgeschehen PZG 10

Sandner, Günther 2000: Halbierter Sozialismus oder: Die politische Theorie des dritten Weges, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaften 29 (1), S. 93-105.

Schaller, Roland 1994: Die politische Orientierung der Lokalparteien, in: Geser, Hans et al.: Die Schweizer Lokalparteien. Zürich: Seismo.

Sturm, Roland 2001: Der Dritte Weg - Königsweg zwischen allen Ideologien oder selbst unter Ideologieverdacht? URL: www.bpb.de (Stand: 3. 6. 2004).

Vorwärts - die sozialistische Wochenzeitung 2001: Liegt Links recht der Mitte? Nr. 20, 57. Jg.